Banken eine Bewegung für eine Kredithilfe an Deutschland in Gang kommt. Da aber eine derartige Kredithilfe auf rein wirtschaftlichem Wege zustande gebracht werden müßte, bedürfte es natürlich längerer Verhandlungen. Man ist an den zuständigen Stellen der Auffassung, daß

durch eine innere Sanierung des deutschen Geldmarktes erst die Voraussetzungen für die Verhandlungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich über die deutsche Lage geschaffen werden müssen.

Der Bank für Internationale Zahlungen fällt auch insofern eine ausschlaggebende Rolle zu, als für die Zwecke einer planmäßigen Devisenwirtschaft eventuell jene Bestimmungen des Reichsbankgesetzes abgeändert werden müssen, die jetzt die Reichsbank verpflichten, ohne jede Nachprüfung des wirtschaftlichen Zweckes Reichsbanknoten in Devisen einzulösen.

Die Beratungen des Reichskabinetts, die zuletzt noch der Revidierung der bevorstehenden Veröffentlichungen galten, sind in den frühen Morgenstunden noch immer nicht beendet. Sie ziehen sich deshalb solange hin, weil es sich um eine außerordentlich schwierige Materie handelt, zu deren Regelung übrigens auch ein Ausschuß von Vertretern der Banken sowie der Generalrat der Reichsbank gezogen hatten.

Kundgebung der Reichsregierung

Berlin, 12. Juli. Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der bereits angekündigten Verordnung eine Kundgebung erlassen, in der sie die einschneidenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen ernsten Wirtschaftslage begründet.

Hoesch beim französischen Ministerpräsidenten

Der deutsche Botschafter bittet um eine Hilfsaktion

Paris, 12. Juli. Nachdem der deutsche Botschafter von Hoesch am Sonntagvormittag dem Generalsekretär des Außenamtes, Berthelot, einen Besuch abgestattet hatte, hatte er im Laufe des Tages verschiedentlich versucht, andere führende Mitglieder der französischen Regierung zu erreichen. Die in Paris strikt durchgeführte Sonntagsruhe hatte dies bis in die späten Abendstunden unmöglich gemacht. Erst gegen 22 Uhr gelang es dem Botschafter, den französischen Ministerpräsidenten Laval zu erreichen, dem er unverzüglich einen Besuch abstattete. Ueber die Besprechung, die zwischen ihnen geführt wurde, ist im Augenblick noch nichts genaues bekannt. Es steht jedoch fest, daß der Botschafter den Ministerpräsidenten auf die äußerst kritische Finanzlage im Reich aufmerksam gemacht und ihn darum gebeten hatte, die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen. Von deutscher amtlicher Seite in Paris wird diese Darstellung durch eine soeben veröffentlichte Verlautbarung bestätigt:

„Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte heute abend den Ministerpräsidenten Laval aufgesucht, um ihm eine Darstellung der ernsten Finanzlage Deutschlands zu geben."

Die Abendpresse beschäftigt sich lebhaft mit den Ereignissen der letzten 24 Stunden. Die Kommentare gipfeln sämtlich in den überspannten Garantieforderungen. Man hat den Eindruck, als ob Frankreich nun endlich seine Stunde für gekommen hält, die in letzter Zeit stark zurückgedrängte Hegemonie durchzusetzen. Der „Temps" wirft Deutschland vor, in eine Art Massenwahnsinn verfallen zu sein, der eine ruhige Betrachtung der Lage verhindere. Es sei zu wünschen, daß man von Washington, London und Paris aus Ratschläge der Mäßigung erteile.

Die „Liberté" vergleicht die augenblickliche Lage in Deutschland mit den letzten Zuckungen eines angeschossenen Tieres, das sich noch einige Male erhebt, um dann endgültig zusammenzubrechen.

Die Sozialdemokratie Urheber der politischen Forderungen?

London, 12. Juli. Zu der Vorgeschichte der englischen Stellungnahme bringt der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian" aufsehenerregende Angaben. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei, so berichtet der Korrespondent, habe letzthin mit der englischen Labour-Regierung in Fühlung gestanden. Sie sei es gewesen, die den Reichskanzler über die Stimmung im Foreign Office orientiert und auch voll davon unterrichtet habe, was man in Paris von dieser Angelegenheit — nämlich das Panzerschiff und die Zollunion — denke. Es sei in Berlin bekannt, daß die deutschen Landwirtschaftszölle in London nicht gern gesehen würden, und es sei ebenfalls bekannt, daß England an einer deutsch-polnischen Verständigung sehr interessiert sei.

Der Korrespondent behauptet dann weiter in diesem Zusammenhang, daß Deutsche, selbst solche in der Regierung, insgesamt die deutschen Panzerschiffe auf den Grund des Meeres verwünschten und möchten, daß sich das deutsch-österreichische Abkommen in ein Nichts auflöse.

Diese Angaben des Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian" beziehen sich offenbar auf den kürzlichen Besuch des Parteivorsitzenden der SPD., Wels, in London, sowie auf die voraufgegangene Tätigkeit des Abgeordneten Breitscheid in Paris während der entscheidenden Kammerabstimmung über den Hooverplan.

Englische Abrüstungskundgebung gegen Frankreich

Die „großen Drei" erklären England an seine Versailler Verpflichtung ehrenwörtlich gebunden

London, 12. Juli. Bei der gestern nachmittag abgehaltenen großartigen Friedens- und Abrüstungskundgebung in der Albertholl, an der Vertreter aller Parteien und aller Bevölkerungsklassen teilnahmen, war der Andrang so groß, daß noch zwei weitere Versammlungen im Freien veranstaltet werden mußten, denen die Reden durch Lautsprecher übermittelt wurden. In der großen, von mehr als 7000 Personen gefüllten Halle, waren Delegierte von 17 christlichen Kirchen und anderen Religionskörperschaften, 40 konservative und sozialistische Organisationen und viele andere Vereinigungen zugegen. Zahlreiche auswärtige Botschaften und Gesandtschaften hatten Vertreter entsandt. Von der deutschen Botschaft war Fürst Bismarck anwesend.

Als der Vorsitzende, Feldmarschall Sir Williams Robertson, mit Macdonald, Baldwin und Lloyd George im Saale erschien, kam es zu einer kleinen Störung. Eine Frau, die sich widerrechtlich am Pressetisch unmittelbar vor der Plattform niedergesetzt hatte, warf Macdonald und Lloyd George zwei Stinkbomben vor die Füße. Sie wurde von Türhütern sofort aus dem Saale entfernt, bevor sie von weiteren Wurfgeschossen, die sie mitgebracht hatte, Gebrauch machen konnte. Nachdem der Feldmarschall mit einer kurzen Ansprache die Versammlung eröffnet hatte, ergriff

Premierminister Macdonald

das Wort. Er sagte, es handle sich um eine einzigartige Gelegenheit; denn im Saale seien nicht die Vertreter von Parteien, sondern die Vertreter einer vereinigten Nation anwesend, um den britischen Delegierten ihren Wunsch zu bekunden, sie möchten auf der Abrüstungskonferenz Mut und Weisheit zeigen. Der Premierminister warnte vor dem Irrtum, an die Zweckmäßigkeit von Rüstungen zu glauben. „Wenn die Nationen sich auf den Krieg vorbereiten, dann wird der Krieg in der Denkweise der Menschen eine derartige Selbstverständlichkeit, daß er in einem unbewachten Augenblick unbedingt ausbrechen wird."

Sicherheit liege nicht in Rüstungen,

sondern in der Verhinderung der Ursachen, die bisher Kriege hervorgerufen hätten. Trotzdem erklärten einige Leute, die sich für besonders große Patrioten hielten, die Abrüstung für schädlich. „Wissen diese Leute", fragte Macdonald mit erhobener Stimme, „daß die Ehre der Nation feierlich verpfändet worden ist?

England ist durch den Versailler Vertrag und den Vertrag von Locarno verpflichtet, auf Abrüstung hinzuarbeiten. Wir haben Deutschland auf der Friedenskonferenz Abrüstungsmaßnahmen nicht lediglich auferlegt, weil Europa Angst vor deutschen militärischen Bestrebungen hatte, sondern zufolge dem Vertrag von Versailles haben wir Deutschland Abrüstung auferlegt, um einen ersten Schritt zur Verminderung und Begrenzung der Rüstungen zustandezubringen, als eines der zweckmäßigsten Mittel zur Verhinderung von Krieg. Diese Sache zu fördern, sollte eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes sein. Die Welt erwartet von Genf nicht nur Bekundungen der Friedensliebe, sondern eine Vereinbarung, die in Ziffern, in Tonnageangaben, in Angaben über Mannschaftsstärke und über Material zum Ausdruck kommt. Wenn kein Programm aufgestellt wird, das gegenüber dem jetzigen Rüstungsstand Verminderungen aufweist, dann hat die Konferenz ihre Pflicht nicht erfüllt."

Hierauf ergriff

Baldwin

das Wort. Er schloß sich den Ausführungen des Premierministers an, indem er sagte: „Wir sind durch den Vertrag mit unserer Ehre zu internationaler Abrüstung verpflichtet." Baldwin verwies auf die Rüstungsverminderung, die England seit dem Kriege vorgenommen habe, und sagte: Das Beispiel Englands ist nicht befolgt worden. Wir müssen auf eine Verminderung der Luftstreitkräfte der Welt dringen und versuchen, einige Gleichheit für die Luftstreitkräfte Westeuropas zu schaffen. Denn Luftstreitkräfte sind die Lanzenspitzen der Invasion und wahrscheinlich die gefährlichste Waffenart. Unsere Luftstreitkräfte sind geringer, als sie vor sechs Jahren waren.

Aber in anderen fremden Ländern — ich nenne keinen Namen — hat es eine Erhöhung um 150 Prozent gegeben.

Wir sind auf den fünften Platz gesunken. Der Etat unserer Luftstreitkräfte macht 2½ Prozent unseres Budgets aus, und die entsprechende Zahl für Frankreich ist ungefähr fünf Prozent, und für die Vereinigten Staaten und Italien ungefähr vier Prozent.

Lloyd George

erklärte, alle Parteien des Staates seien bezüglich der Abrüstung vollkommen einer Meinung. Alle Signatarmächte des Versailler Vertrages haben sich verpflichtet, ihre Rüstungen auf den niedrigsten Stand zu bringen, der mit Sicherheit vereinbar ist. Und diese Sicherheit ist durch die Schaffung des Völkerbundes größer geworden. Aber haben sie wirklich diese Absicht? Wir haben einen guten Anfang bezüglich unseres Heeres und unserer Marine gemacht. Aber einige der Mächte der Welt haben sofort nach der Heimkehr aus dem Kriege angefangen, neue und große Armeen zu schaffen.

Sie haben Deutschland genötigt, sein Versprechen zu halten, aber sie haben ihr eigenes Versprechen gebrochen.

Zum Schluß der Kundgebung wurde durch Zuruf folgende

Entschließung

angenommen: **„Die Versammlung begrüßt mit Wärme die kommende Abrüstungskonferenz und fordert die Regierung auf, alles in ihrer Macht liegende zu tun, um eine wirkliche Verminderung der Heere, Flotten und Luftstreitkräfte der Welt zustande zu bringen."**

Erzbischof Söderblom †

Stockholm, 12. Juli. Der schwedische Erzbischof Dr. Söderblom ist Sonntag gegen 17 Uhr in Upsala gestorben.

Erzbischof Dr. Söderblom hatte sich in der vorigen Woche in ein Stockholmer Krankenhaus begeben, und dort wog an ihm eine Darmoperation vorgenommen worden. Nach den ärztlichen Berichten verlief diese Operation zufriedenstellend, und noch heute mittag teilte der behandelnde Arzt der Presse mit, daß der Zustand von Söderblom sich nicht verschlimmert habe. Gegen 4 Uhr nachmittags kam ein Herzschwächeanfall zu dem allgemeinen Zustand hinzu, der um 5 Uhr zum Tode führte.

Dr. Söderblom ist 65 Jahre alt geworden. Er war einer der hervorragendsten Kulturpersönlichkeiten des ganzen skandinavischen Nordens. Erst im vorigen Jahre wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Besonders ist er bekannt geworden durch die große von ihm eingeleitete ökumenische Arbeit, die Annäherung zur Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen. Hierdurch hat er sich Weltruhm erworben. Von 1901 bis 1914 war er Professor der Theologie an der Universität Upsala, 1912 bis 1914 desgleichen auch in Leipzig. 1914 wurde er Erzbischof von Upsala und Primas der schwedischen Kirche. Verschiedene große Werke schrieb er, u. a. 1905 „Die Religionen der Erde" und 1913 „Einführung in die Religionsgeschichte" usw.

Sonntagsfahrt des Zeppelin nach Wien

Wien, 12. Juli. Die Sonntagsfahrt des „Graf Zeppelin", der um Mitternacht in Friedrichshafen startete, ist ein großer Tag für Oesterreich geworden. Ganz Wien war auf den Beinen und aus ganz Oesterreich waren die Besucher in Extrazügen gekommen. Schon in der Nacht hatten Leute versucht, auf dem Flugfelde einen Unterschlupf zu finden. Um 5.30 Uhr morgens wurde der Zeppelin über Wien gesichtet. Er machte dann aber noch einen Abstecher über das Burgenland. Um 8.30 Uhr erfolgte dann programmäßig die Landung. Weit über 75 000 Zuschauer begrüßten stürmisch den Luftriesen. Besonders wurden Dr. Eckener Ovationen dargebracht, als er zur Ehrentribüne, auf der die Spitzen der Regierung — darunter der Bundespräsident Miklas usw. — sich versammelt hatten, schritt. Um 9.15 Uhr stieg dann das Luftschiff zur weiteren Oesterreichfahrt auf. Um 18 Uhr kam „Graf Zeppelin" wieder nach Wien zurück, von wo es 15 Minuten später die Heimfahrt über Vorarlberg antrat.

Der Mädchenmord im Grunewald aufgeklärt

Der Stiefvater stellt sich als Täter

Berlin, 12. Juli. Der grauenhafte Mord, dem am Donnerstagabend die 17 Jahre alte Kontoristin Gerda Kalisch im Grunewald zum Opfer fiel, kann als aufgeklärt angesehen werden. Der Täter, der Stiefvater der Erdrosselten, der 40 Jahre alte Kohlenträger Papke, hat sich in der Nacht auf einem Polizeirevier gestellt. Er tat, als sei er ganz zusammengebrochen und reumütig, doch wird angenommen, daß sein Gebaren ein Täuschungsmanöver ist. Bei seiner Vernehmung am Sonntagvormittag gab Papke von der Tat und seiner Flucht eine Darstellung, die in vielen Punkten noch unglaubwürdig erscheint. So erklärte der große und kräftige Mann, er habe das kleine, zierliche Mädchen in Notwehr erdrosselt. Seit drei Jahren habe er eine Art Liebesverhältnis mit dem Mädchen unterhalten und ihm wiederholt Zuwendungen gemacht, auch als er seine Beschäftigung bereits verloren hatte und nur noch Unterstützung erhielt. An dem Mordabend habe er mit dem Mädchen, wie bereits öfter, eine Radtour unternommen. Hierbei wollte er das Mädchen veranlassen, mit ihm einen abgelegenen Seitenweg im Grunewald zu gehen. Es sträubte sich aber und gab, als er energisch darauf drang, eine freche Antwort. Hierüber will er so in Wut geraten sein, daß er dem Mädchen zunächst eine Ohrfeige verabreichte. Als sie sich weiter seinen Wünschen widersetzte, warf er ihr auf einer Bank eine Schnur um den Hals, so daß sie keinen Laut mehr von sich geben konnte. An den Enden der Schnur schleifte Papke, wie er selbst angibt, das Mädchen von der Bank bis zu der Stelle unter dem Gebüsch, wo die Leiche später aufgefunden wurde. Das Rad der Ermordeten ließ er stehen und fuhr mit seinem eigenen Fahrrad davon. In Havelberg ging ihm sein Geld aus, worauf er sein Fahrrad für 7 Mark verkaufte. Als auch dieses Geld zur Neige ging und er in den Berliner Zeitungen die Nachricht von seiner Mordtat mit dem Bilde sah, stellte er sich der Polizei.

Der Völkische Beobachter auf drei Wochen verboten

München, 12. Juli. Die Polizeidirektion München teilt mit: Einem Ersuchen des Reichsministers des Innern entsprechend wurde der in München erscheinende „Völkische Beobachter" in seiner Bayern- und Reichsausgabe von der Polizeidirektion München verboten.

Mussolini warnt Europa vor dem Winter

Energisches Handeln, sonst Untergang im Bolschewismus

London, 12. Juli. In der „Saturday Review" befaßt sich Mussolini in einem hochpolitischen Artikel mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und kritisiert außerordentlich scharf die schwatzhaften Methoden in Genf und den Mangel an individueller Charakterstärke bei den Staatsleuten der Gegenwart. Höhnisch weist er darauf hin, daß nach den Verhandlungen in Genf über die Wirtschaftsfragen Europas der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt als schwerer Schlag gekommen ist und daß bei der Rettung Oesterreichs der Völkerbund seine Aufgabe nicht erfüllt habe. Er meint, daß

die vorgeschlagene österreichisch-deutsche Zollvereinigung ein Schritt der Verzweiflung

sei, denn wie könnten sich schon zwei Völker gegenseitig helfen, die beide vor dem Bankrott ständen? Der Vorschlag habe also gar keine Bedeutung. (?)

Sehr scharf warnt er dann die Völker Europas vor dem kommenden Winter und der bolschewistischen Gefahr, wobei er besonders bedauerlich empfindet, daß deutsche landwirtschaftliche Verbände sich schon zum Kommunismus bekannt haben. (Ein Irrtum! Nur einige Außenleiter.) Es dürfe keine Zeit mehr mit Reden verloren werden, sondern es müsse sofort und energisch gehandelt werden. Abschließend wandte er sich, was besonders interessant ist, an England, das den kommenden Ereignissen die größte Aufmerksamkeit schenken müsse. Wenn noch ein Winter des Elends und der Not über Deutschland und Europa hereinbreche, so sei der größte Teil Europas dem Bolschewismus verfallen. Das Jahr 1932 bedeute entweder Untergang oder Fortschritt, entweder Erholung oder Uebergang zum Chaos dieser Zivilisation. Es sei notwendig, daß sich die Welt den ungeheuren Ernst der augenblicklichen Lage vor Augen halte.

Italien verzichtet auf die Juli-Tribute

Rom, 12. Juli. In Erwartung der durch die Londoner Sachverständigenkonferenz am 17. Juli vorzunehmenden Regelung der Durchführung des Hooverfeierjahres hat die italienische Regierung beschlossen, die am 15. Juli fällige Rate der deutschen Reparationen einzusparen. Sie folgt damit ihrem gleichen Beschluß bezüglich der am 1. Juli fälligen Rate. Der Beschluß ist der BIZ. vom italienischen Finanzminister und den interessierten Regierungen vom Außenminister mitgeteilt worden.

Amerikanische Privatkreditaktion für Deutschland

Neuyork, 12. Juli. (Reuter.) Wie hier heute abend verlautet, tritt Washington für eine Privatkreditkonzentrierung ein. Diese Kreditkonzentrierung soll durch die Morgangesellschaft und die Chase National-City-Bank in Neuyork unter der Regide der Federal Reserve Bank erfolgen.